

Deutschland-Essen: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen**OJ S 173/2020 07/09/2020****Auftragsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH

Postanschrift: Frohnhauser Str. 67

Ort: Essen

NUTS-Code: DEA13 Essen, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 45127

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Jörg Dinstuhl – Einkauf (KRE)

E-Mail: joerg.dinstuhl@bgz.de

Telefon: +49 2012796-1674

Fax: +49 2012796-21674

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <https://bgz.de/>Adresse des Beschafferprofils: <https://bgz.de/ausschreibungen/>**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E56674876>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E56674876>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Einrichtung des privaten Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Zwischenlagerung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Generalplanung Bau – Objektplanung Gebäude und Innenräume, Freianlagen, Ingenieurbauwerke, Verkehrsanlagen, Tragwerksplanung für die Errichtung des Logistikzentrums Konrad (LoK).

II.1.2.

CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung mbH beabsichtigt auf Basis des EntsorgÜG und im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) ein zentrales Bereitstellungslager für radioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmeentwicklung als Eingangslager für das Endlager Konrad, das Logistikzentrum Konrad (LoK) zu errichten und zu betreiben.

Durch die Errichtung des Logistikzentrums Konrad (LoK) werden die Abfallgebinde, die aus Betrieb, Stilllegung und Rückbau von Kernkraftwerken sowie aus den Bereichen Forschung, Gewerbe und Medizin stammen, Just-in-Time überwiegend über die Schiene nach den Vorgaben des Endlagers Konrad an dieses angeliefert. Dadurch soll die Anlieferung der Abfallgebinde optimiert und die Betriebsphase des Endlagers reduziert werden. Das Endlager Konrad ist das erste nach Atomrecht genehmigte Endlager Deutschlands. Darin sollen bis zu 303 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros, 71311000 Beratung im Tief- und Hochbau, 71311220 Dienstleistungen im Straßenbau, 71311230 Dienstleistungen im Eisenbahnbau, 71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEA13 Essen, Kreisfreie Stadt

NUTS-Code: DEA44 Höxter

NUTS-Code: DE3 Berlin

Hauptort der Ausführung: Essen / Würgassen / Berlin

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Nach den derzeitigen Planungen wird das LoK auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks Würgassen (KWW) in 37688 Beverungen, Landkreis Höxter in Nordrhein-Westfalen, aus folgenden Gebäuden bzw. baulichen Anlagen bestehen:

- ein Lagergebäude, bestehend aus 5 Hallen und 2 Verladebereichen;
- als Anbau zum Lagergebäude ein An- und Abtransportbereich als geschlossene Halle;
- ein Betriebsgebäude als Kopfbau mit Zugangs- und Technikbereichen;
- einer Wetterschutzhalle für Leercontainer, Tauschpaletten und Handhabungsequipment;
- ein Bürogebäude mit Archiv;
- einem Lokschuppen;
- einem Werkstattgebäude mit Lokschuppen;

- einer Unterstellhalle;
- einer Hauptpforte mit Pkw- und LKW-Schleuse sowie einer Pforte beim Gleisanschluss;
- ein Gebäude für die zentrale Wärmeversorgung;
- einer Gleisanbindung an das öffentliche Schienennetz (Sollingbahn) mit 2 Gleisanlagen für den An- und Abtransport sowie einer Übergabestation für Züge auf dem Betriebsgelände;
- Rückhalte- und Versickerungsbecken für Niederschlagswasser;
- Werksstraßennetz mit Parkplätzen;
- Zaunanlage.

Das Endlager Konrad soll Mitte des Jahres 2027 den Einlagerungsbetrieb aufnehmen. Zur Synchronisierung der Inbetriebnahme des Endlagers Konrad mit der des LoK ist eine Betriebsbereitschaft mit Teilen des Lagergebäudes für den Antransport von Abfallgebinden mit der zugehörigen Infrastruktur Anfang 2027 erforderlich.

Die vollständige Betriebsbereitschaft des LoK ist für das vierte Quartal 2028 geplant.

Für die Errichtung des LoK sind nachfolgend aufgeführte Gebäude, bauliche Anlagen, Freianlagen, Verkehrsanlagen, Ingenieurbauwerke sowie die vorbereitenden Maßnahmen auf dem Baufeld zu planen und entsprechende Antragsunterlagen für das Baugenehmigungsverfahren zu erstellen:

Gebäude und Innenräume nach §§ 33 ff. HOAI

- ein Lagergebäude, bestehend aus 5 Hallen, 2 Verladebereichen, ein An- und ein Abtransportbereich als geschlossene Hallen mit erforderlichen Krananlagen, 2 gesonderten Bearbeitungsbereichen (Caissons) mit erforderlichen Krananlagen;
- eine Wetterschutzhalle für Leercontainer, Tauschpaletten und Handhabungsequipment;
- ein Betriebsgebäude als Kopfbau mit Zugangs- und Technikbereichen;
- ein Bürogebäude mit Archiv;
- ein Lokschuppen mit Werkstatt, ein weiterer Lokschuppen und eine Unterstellhalle;
- eine Hauptpforte (Wach- und Durchlassgebäude);
- eine Pforte beim Gleisanschluss;
- ein Gebäude für die zentrale Wärmeversorgung mit Festlegung des Energieträgers;
- bauliche Anlagen der Anlagensicherung in den Gebäuden für den zu genehmigenden Betrieb nach § 12 StrlSchG.

Freianlagen, Ingenieurbauwerke und Verkehrsanlagen nach §§ 38 ff. HOAI, bestehend aus:

- Gleisanbindung an das öffentliche Schienennetz (Sollingbahn), 2 Gleisanlagen für den An- und Abtransport und einer Übergabestation für Züge auf dem Betriebsgelände;
- Erschließung für die Abwasserentsorgung, Wärme-, Wasser- und Stromversorgung und Telekommunikation;
- allen erforderlichen Medienleitungen für die Abwasserentsorgung, Wärme-, Wasser- und Stromversorgung, Telekommunikation;
- Rückhalte- und Versickerungsbecken für Niederschlagswasser sowie deren mögliche Einleitung in die Weser;
- Werksstraßennetz mit Parkplätzen und Gehwegen;
- Zaunanlage mit Pforten, LKW-Schleusen sowie Gleistoren;
- Grünanlagen;
- Bauliche Anlagen der Anlagensicherung im Außenbereich für den zu genehmigenden Betrieb nach § 12 StrlSchG.

Vorbereitende Maßnahmen (Herrichten und Erschließen) auf dem Baufeld:

- Rückbau des vorhandenen Kraftwerkszauns des ehem. Kernkraftwerks Würgassen (KWW);
- Rückbau vorhandener baulicher Anlagen (z. B. alte Solaranlage u.w.);
- Rückbau von vorhandener ninkl. Unterbau und Unterflurwirtschaft;
- Beseitigung der Wald- und Grünstreifen zur Erschließung des Betriebsgeländes;
- Öffentliche Erschließung, soweit erforderlich;

Für den gesamten Planungsumfang ist die Tragwerksplanung (§§ 49 ff. HOAI) Leistungsbestandteil.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/04/2021 Ende: 31/12/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Siehe Vergabeunterlagen – Bewertungsmatrix

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die BGZ beabsichtigt die stufenweise Beauftragung:

1. Stufe: Leistungsphasen 1-4,
2. Stufe: Leistungsphasen 5-7,
3. Stufe: Leistungsphase 8,
4. Option: Leistungsphase 9.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auszug aus dem Gewerbezentralregister (Bundesregister) nach § 150 Gewerbeordnung, bzw. bei ausländischen Bewerbern gleichwertige Bescheinigung wird durch die BGZ beim Bundesamt für Justiz für das für den Zuschlag vorgesehene Unternehmen angefordert. Eigenerklärung des Bewerbers, dass keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen. (Ausschlusskriterium)

Nachweis über regelmäßige Leistung der Sozialversicherungsbeiträge

(Unbedenklichkeitsbescheinigung der Einzugsstelle und der Berufsgenossenschaft, max. 3 Monate alt). (Ausschlusskriterium)

Bescheinigung von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaates, dass der Bewerber seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben (Auskunft in Steuersachen, max. 3 Monate alt) ordnungsgemäß erfüllt hat. (Ausschlusskriterium)

Vorlage von Bilanzen oder Bilanzauszügen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen aus den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, falls deren Veröffentlichung nach dem Recht des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, vorgeschrieben ist. Sofern im Internet veröffentlicht, Angabe der Internetquelle. (Ausschlusskriterium)

Eigenerklärung zum Gesamtumsatz bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre, die mit der zu vergebenen Leistungen vergleichbar sind – Nachweis Mindestumsatz 7 000 000 EUR p. a. (Ausschlusskriterium)

Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung. Die Mindestdeckungssummen von 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 5,0 Mio. EUR für sonstige Schäden sind im Auftragsfall vor Vertragsabschluss nachzuweisen. (Ausschlusskriterium)

Auszug aus dem Handelsregister oder vergleichbare Auskunft, sofern der Bewerber keine natürliche Person ist. (Ausschlusskriterium).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:
Mindestumsatz 7 000 000,00 EUR p. a.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Kurzdarstellung des Unternehmens (Organisationsform, Profil, Firmensitz und ggfs. Zweigniederlassungen, Unternehmensphilosophie, durchschnittliche Anzahl festangestellter sowie dauerhaft eingesetzte freier Mitarbeiter*innen in den letzten 3 Geschäftsjahren. (Ausschlusskriterium)

Nachweis der Berufszulassung durch Eintragung in ein Berufs- und/oder Handelsregister des Mitgliedstaates, in dem der Ingenieur*in tätig ist, sowie durch Studiennachweise und Bescheinigungen über die berufliche Befähigung des Bewerbers und/oder der Führungskräfte des Unternehmens. (Ausschlusskriterium)

Angaben zum Projektteam mit Berufsbildern, insbesondere zum Projektleiter (PL) und zu dem stellvertretendem Projektleiter gem. Anlagen 5 und 5a geforderten Abschluss aufweisen. (Ausschlusskriterium, gewertet)

Referenzliste, mit bis zu 5 speziell mit der zu vergebenden Leistung vergleichbaren Referenzen der letzten 12 Jahre, mit Angabe der erbrachten Leistungen, Leistungsbildern, Leistungsphasen und den jeweiligen Umfang der Maßnahmen gemäß Anlage 6. Als Beginn zählt der Planungsbeginn. Die LPH 5 (Ausführungsplanung) muss abgeschlossen sein. Ältere Projekte werden nicht gewertet. (gewertet)

Kurze Darstellung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung allgemein.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 07/10/2020 Ortszeit: 16:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

VI.3. Zusätzliche Angaben

Die Vergabeunterlagen werden kostenlos auf der Vergabeplattform des Subreports unter <https://www.subreport.de> zum elektronischen Download zur Verfügung gestellt. Unter Angabe der ELVIS-IDNr.: E56674876 gelangen Sie direkt zu den Vergabeunterlagen.

Die Kommunikation verläuft über die Vergabeplattform des Subreports.

Die BGZ empfiehlt eine einmalige Registrierung bei Subreport. Diese ist kostenlos. Erfolgt keine Registrierung, müssen Bewerber eigenverantwortlich die weitere Entwicklung zum Verfahren durch selbstständige Einsicht in Subreport verfolgen.

Der Teilnahmeantrag, einschließlich aller Nachweise und Referenzen ist elektronisch in Textform auf der Vergabeplattform des Subreports unter <https://www.subreport.de/> über die ELVIS-ID-Nr.: E56674876.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes, Bundeskartellamt

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.de

Telefon: +49 22894990

Fax: +49 2289499163

Internet-Adresse: http://www.bundeskartellamt.de/DE/Vergaberecht/vergaberecht_node.html

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gilt insoweit die am 18.4.2016 in Kraft getretene Neufassung des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen). Auf folgende Punkte wird hingewiesen:

— § 134 GWB

Demnach darf ein Vertrag erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information an die nicht berücksichtigten Bieter geschlossen werden. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage.

— § 160 GWB: Einleitung, Antrag

„(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.“

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

02/09/2020